

Rekordzuschüsse aus Brüssel fürs Land

In den nächsten sieben Jahren fließen fast 900 Millionen Euro von der EU nach Schleswig-Holstein

Henning Baethge

Als der EU-Austritt des Nettozahlers Großbritannien näher rückte, da schwante Schleswig-Holsteins Finanzministerin Monika Heinold Übles: „Wir werden Fördermittel aus Brüssel verlieren“, warnte die Grünen-Politikerin vor drei Jahren. Doch inzwischen ist nicht nur der neue EU-Haushalt für die nächste Sieben-Jahres-Periode beschlossen, sondern auch ein zusätzliches Corona-Aufbauprogramm – und nachdem die Ministerien in Kiel nachgerechnet haben, zeichnet sich ab: Für die Förderprogramme des Landes wird bis Ende 2027 mit fast 900 Millionen Euro so viel Geld aus Brüssel fließen wie noch nie.

Allein für die regionale Förderung von Wirtschaft und Kommunen kommen in den nächsten sieben Jahren 316 Millionen Euro. Denn Brüssel überweist nicht nur erneut die 272 Millionen Euro, die

es auch schon in der letzten Etatperiode gab, sondern noch weitere 44 Millionen aus dem Aufbauprogramm. „Das ist eine überaus positive Entwicklung, mit der lange Zeit nicht zu rechnen war“, freut sich der Kieler Wirtschaftsminister Bernd Buchholz. Noch im Sommer hatte er „deutliche Mittelverluste“ befürchtet. Mit dem neuen Geld will der FDP-Mann Forschung, Innovation und Existenzgründungen fördern, aber auch Klimaschutz.

Auch für die Arbeitsmarktförderung aus dem Europäischen Sozialfonds gibt es 15 Millionen Euro mehr als bisher und damit insgesamt 104 Millionen. Beim Interreg-Programm für die deutsch-dänische Zusammenarbeit werden die bisher 45 Millionen Euro zumindest nicht gekürzt. „Das ist ein großer Erfolg, denn nach ersten Ankündigungen der EU-Kommission und des Bundes hatten wir

mit deutlich weniger gerechnet“, sagt der Kieler Europaminister Claus Christian Claussen (CDU). Sein Vorzeigeprojekt heißt „Starforce“ – ein Ausbildungsmodell in der Grenzregion, das den Lehrlingen sowohl einen deutschen als auch einen dänischen Abschluss ermöglicht.

Noch nicht sicher ist, wie viel Geld genau es für den ländlichen Raum gibt. Zuletzt waren es rund 420 Millionen Euro. Der grüne Kieler Agrarminister Jan Philipp Albrecht rechnet wieder mit einer „ähnlichen Größenordnung“, vielleicht sogar etwas mehr: „Bisher hatten die östlichen Bundesländer Vorteile – wenn die weiter abgeschmolzen werden, würde Schleswig-Holstein profitieren“, sagt er.

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung,

12. März 2021